KW 01 Kapitel 01 - Umwelt – Magdeburg muss grüner werden

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 17.01.2019

Text

Der Erhalt unserer Umwelt als GRÜNES Kernthema hat in den letzten Jahren durch Klimawandel und Artensterben weiter an Bedeutung gewonnen. Nicht nur Klimaforscher*innen und Umweltverbände, sondern zunehmend mehr Wirtschaftsinstitute und Versicherer sehen hier die größte Herausforderung für die Menschheit in den kommenden Jahren. Diese Herausforderung müssen und wollen wir lokal und global annehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den Erhalt und die Entwicklung naturnaher Flächen als Lebensräume wildlebender Tiere und Pflanzen und als Erholungsraum für uns Menschen. Wir verfolgen dabei einen integralen Ansatz. Unsere Umwelt wird von vielen Faktoren beeinflusst. So ist Stadtentwicklungspolitik natürlich ein Teil von Umweltpolitik, weil mit den städtebaulichen Entscheidungen Verkehrsbeziehungen erzeugt werden, die mehr - oder weniger - die Umwelt stark belasten. Das können wir zuallererst durch eine gezielte Ansiedlungspolitik und Funktionsmischung im Sinne einer Stadt der kurzen Wege, aber auch durch die Förderung des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs bei gleichzeitiger Reduktion des motorisierten Individualverkehrs sowie durch begleitendes Straßengrün ändern.

Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Artenschutz

Die Lösung der Klimakrise und der Erhalt der Artenvielfalt sind derzeit die zentralen Herausforderungen der Menschheit. Das Erreichen des 2-Grad Zieles im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter ist grundlegend, um auch den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben zu ermöglichen. Klimaschutz muss ein tragender Pfeiler von Politik- und Verwaltungshandeln sein.

Der bereits beschlossene Masterplan 100% Klimaschutz kann nur ein Anfang sein. Er ist in der kommenden Wahlperiode konsequent umzusetzen und fortzuschreiben. Dafür müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Expert*innen und Bürger*innen sollen stetig an der Weiterentwicklung des Masterplans beteiligt sein.

Dafür wollen wir:

- konsequent die Bereiche vor Bebauung schützen, die dafür sorgen, dass Kaltluft in die Stadt transportiert wird (Stadtklimatische Baubeschränkungsbereiche)

- den Börderaum als Kaltluftlieferant sichern und der Landwirtschaft vorbehalten. Eine weitere Zersiedelung am Stadtrand muss der Vergangenheit angehören. Dies beinhaltet auch das Errichten von Gewerbe- und Einfamilienhaussiedlungen auf der grünen Wiese.

- mehr Neu- bzw. Ersatzpflanzungen von Straßenbäumen, insbesondere, um eine sommerliche Überwärmung der Stadträume zu verhindern. Die auf unseren

Antrag beschlossene Erstellung eines Konzeptes zur Entwicklung des Straßenbaumbestandes muss zügig erfolgen.

- vernetzte Grünsysteme schaffen und innerstädtische Grünflächen ökologisch aufwerten
- den Erhalt von Kleingartensparten, auch als Kaltluftentstehungs- und -austauschgebiete
- die Begrünung von Gebäuden (Fassaden- und Dachflächen) und Höfen fördern und bei öffentlichen Gebäuden zum Standard entwickeln
- die Bodenversiegelung stoppen und -entsiegelung vorantreiben, um die Versickerungsrate zu erhöhen und das Stadtklima zu verbessern
- die Sondernutzungsgenehmigungen für Terrassenbetrieb anpassen, um das Aufstellen und Betreiben von Gas-Heizern im öffentlichen Verkehrsraum ganzjährig zu unterbinden
- Äcker und Grünland so bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere auf kommunalen Ackerflächen Feldlerchenfenster und Blühflächen angelegt werden. Ackerrandstreifen dürfen nicht unerlaubterweise umgepflügt werden, sondern müssen für den Erhalt der Artenvielfalt und für den Naturschutz zur Verfügung stehen.

Für eine naturnahe Gewässerentwicklung und besseren Hochwasserschutz wollen wir:

- Maßnahmen an kleineren Fließgewässern (Sülze, Schrote, Klinke usw.) zu deren Verbesserung hin zum guten ökologischen Zustand im Sinn der Wasserrahmenrichtlinie, auch durch Verbreiterung der Uferstreifen, Freilegung verrohrter Abschnitte und Renaturierung
- eine konsequente Berücksichtigung der kleinen Fließgewässer bei Bebauungsplänen und in der Stadtentwicklung
- den Erhalt des Domfelsens sichern und die Elbe als naturnahen Lebensraum bewahren
- eine Einschränkung der Besiedlung in den durch Hochwasser und Grundwasser gefährdeten Gebieten. Dies heißt für uns auch, auf dem Stadtmarsch kein Wohngebiet zu entwickeln.
- einen Frieden zwischen Hochwasser- und Naturschutz erreichen. Hierzu muss u.a. untersucht werden, ob ein Ausbaggern der Alten Elbe den Hochwasserschutz tatsächlich verbessern würde oder ob ein möglicher Rückstau am Zusammenfluss von Stromelbe, Alter Elbe und Umflutkanal den Wasserstand stärker beeinflusst.
- ohne Vernachlässigung des technisch notwendigen Hochwasserschutzes der Hochwassergefahr durch Schaffung weiterer Überschwemmungsgebiete und eine ökologische Flusspolitik gemeinsam mit allen Anrainern entgegenwirken

Außerdem wollen wir zur Reduzierung von Umweltbelastungen:

- ein umweltfreundliches Beschaffungswesen in der Stadtverwaltung, in städtischen Unternehmen und Gesellschaften
- den Einsatz von Mehrwegartikeln (z.B. Mehrwegbecher für Coffee to go) sowie von kompostierbaren Tragetaschen und Verpackungen fordern und fördern
- eine Satzung zur Besteuerung von Einwegverpackungen, wie in Tübingen, erarbeiten
- nach einer entsprechenden Umweltverträglichkeitsprüfung, die Verwendung von verrottbaren Tüten für Biotonnen vorsehen
- die Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotte hin zu umweltschonenden Alternativen (Lastenfahrräder und Fahrzeuge mit energiesparenden und emissionsfreien Antrieben)
- Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes in Luftreinhalteplänen verbindlich festgelegen
- pestizidfreie Kommune sein. Auf kommunalen Flächen dürfen seit 2018 durch Beschluss des Stadtrates keine Totalherbizide (z.B. Glyphosat) mehr eingesetzt werden. Nun müssen die Verträge mit den Pächter*innen umgehend angepasst werden sowie engmaschige Kontrollen stattfinden, die die Einhaltung garantieren.
- die Einrichtung einer vierten Filterstufe im Klärwerk Magdeburg/Gerwisch prüfen, um den Eintrag von Mikroplastik in die Elbe und damit auch ins Meer verringern zu können
- einen stärkeren Schutz von Grünflächen durch Barrieren gegen widerrechtliches Abstellen von Kraftfahrzeugen

Eine der grünsten Städte Deutschlands

Lange Zeit galt Magdeburg als eine der grünsten Städte Deutschland, doch dies steht auf der Kippe. Mehrere Stürme, der Asiatische Laubholzbockkäfer, langanhaltende Trockenperioden sowie Straßenbauvorhaben führten zu großen Schäden und Verlusten am Baumbestand.

Neben solchen Umwelteinflüssen wird der Grünanteil der Stadt auch durch die Umnutzung von grünen Flächen verringert. In der sich gut entwickelnden Stadt finden Bebauungen statt, für die leider auch große Flächen mit Bäumen, Sträuchern, Wiesen und Gärten geopfert werden.

Für die Sicherung und Entwicklung des Stadtgrüns wollen wir:

- den Erhalt und Schutz insbesondere alter Bäume (zum Beispiel durch eine Regelung zu Baumpflegemaßnahmen, die den langfristigen Erhalt sichern)
- gefällte und durch Naturereignisse zerstörte Bäume konsequent entsprechend ihrer ökologischen Wertigkeit ersetzen. Ein Jungbaum kann einen Altbaum nicht 1:1 ersetzen.
- durchsetzen, dass abgängige und gefällte Straßenbäume innerhalb eines Jahres am Standort ersetzt werden
- mehr Neu- bzw. Ersatzpflanzungen von Straßenbäumen, insbesondere, um eine sommerliche Überwärmung der Stadträume zu verhindern. Wir kümmern uns auch darum, dass solche Ausgleichsmaßnahmen konsequent umgesetzt und dass die betreffenden Flächen dauerhaft gepflegt werden.
- bestehende kommunale Grünflächen nicht wirtschaftlicher Umnutzung opfern
- Insektenfreundliche Flächen (z.B. Bienenweiden) vermehren
- Streuobstwiesen einrichten und erhalten
- konsequent die Hebel der Stellplatzsatzung nutzen um langfristig weniger Stellplätze zu verordnen (bei gleichzeitig guter ÖPNV-Anbindung und Fahrradinfrastruktur) und zukünftig schon je vier Stellplätze einen Baum fordern, statt wie bisher je sechs Stellplätze
- verhindern, dass Straßenbahn- oder Fahrradverkehr gegen Grünflächen und Bäume ausspielt wird. Dafür sollen, wenn durch Verkehrsführung möglich, Verkehrsflächen für den motorisierten Individualverkehr zu Gunsten von Straßenbahntrassen oder Fahrradwegen oder -straßen umgewidmet werden.
- forcieren, dass bereits beschlossene Projekte wie z.B. die der Baumhaine auch konsequent von der Stadtverwaltung umgesetzt werden. Dafür werden wir weiterhin Anfragen, Prüfaufträge und Haushaltsanträge einbringen.
- die Initiative „Mein Baum für Magdeburg“ weiter ausbauen, finanziell und personell besser ausstatten und auch stärker bewerben
- das Thema Stadtgrün und Bäume stärker auf die Agenda von Politik und Stadtverwaltung setzen. Um einen besseren Überblick über kommunale Aktivitäten zu behalten, soll die Stelle eine/s Koordinatorin/Koordinators für Stadtgrün geschaffen werden.
- die Stadtgartenbetriebe finanziell besser ausstatten, damit Jungbäume gepflegt, neue Bäume gepflanzt und nachhaltige ökologische Grünstrukturen erhalten und weiterentwickelt werden können sowie neue entstehen.

Tierschutz

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auch die Tiere ein Recht auf angemessenen und respektvollen Umgang. Das betrifft neben den Haustieren auch die Nutztiere und selbstverständlich die wild lebenden Tiere. Wir setzen uns ein für ein

tolerantes und rücksichtsvolles Miteinander, das den Bedürfnissen der Tierhalter*innen und der übrigen Bevölkerung gerecht wird und Konflikte vermeidet.

Wir wollen:

- eine breitere Verwendung von Produkten aus artgerechter Tierhaltung sowie die ausdrückliche Berücksichtigung veganer und vegetarischer Alternativen zum Fleisch in Küchen kommunaler Einrichtungen und bei der Auswahl von Caterern
- eine Kostenübernahme durch die Stadt für die von anerkannten Tierschutzvereinen veranlassten Kastrationen und Sterilisationen freilaufender Katzen
- stärkere Kontrollen und konsequentes Ahnden von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz und die Stadtordnung
- eine weitere Verbesserung der Bedingungen im Magdeburger Zoo in Richtung einer artgerechteren Haltung der Tiere
- ein klares Bekenntnis der Stadt gegen Tierbörsen durch ein Verbot der Nutzung städtischer Gebäude und Einrichtungen zu deren Durchführung
- keine Bereitstellung von kommunalen Flächen für Zirkusse, die mit (Wild-)Tieren arbeiten